

Südafrika 1985

Die Republik Südafrika (RSA) umfasst einschließlich der sogenannten *Homelands* 1,2 Mio. qkm und 32 Mio. Einwohner (1984). Das entspricht der Gesamtfläche beider deutscher Staaten, der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens mit zusammen 212 Mio. Einwohnern. Südafrikas 4,7 Mio. Weiße beanspruchen 87% dieses Gebietes. Ca. 13%, d. h. 160.000 qkm ließen sie den 23 Mio. Schwarz-Südafrikanern. Dieses Gebiet besteht aus zehn nach Sprachgruppen getrennten und vielfach zerstückelten sogenannten »Heimatländern« (siehe Rückseite). Jeder Schwarz-Südafrikaner ist gesetzlich »Bürger« eines *Homelands*, auch wenn er im »weißen« Gebiet geboren ist und lebt.

Knapp die Hälfte lebt im »weißen« Gebiet, gettoisiert. Schwarze dürfen dort keinen Grundbesitz erwerben. Sie haben am ungeheuren Reichtum ihres Landes keinen Teil (vgl. umseitige Rohstoff-Tabelle). Südafrikas wichtigstes Exportgut ist Gold; der Verkauf finanziert einen wesentlichen Teil seines Staats- und Rüstungshaushaltes. An zweiter Stelle steht Kohle. Chrom, Mangan, Vanadium und andere Rohstoffe sind für die Industrie und Rüstung des Westens angeblich unentbehrlich. Wasser und Energie sind empfindsame Engpässe. Jeder dritte Schwarze ist arbeitslos. Die schwarze Bevölkerung wächst um 2,5% jährlich.

Die Verfassung seit 1984

Buren (niederländischer Abstammung, knapp 60% der Weißen) und Briten bildeten 1910 die Südafrikanische Union. Allen sogenannten »Nicht-Weißen« verweigern sie bis heute staatsbürgerliche Gleichberechtigung und wirtschaftliche Chancengleichheit. 1961 lösten sie sich vom Britischen Commonwealth. 1983 stimmten 1,3 Mio. Weiße der neuen Verfassung zu, die im September 1984 in Kraft trat. 0,7 Mio. stimmten dagegen, 0,3 Mio. enthielten sich. Die Bevölkerungsmehrheit - Schwarze, »Farbige« und Inder - lehnt diese Verfassung ab, wird aber nicht gefragt. 1984 sollten die »Farbigen« (Nachkommen weißer und schwarzer Voreltern) und Inder erstmals eigene Abgeordnete in getrennte Parlamentskammern wählen. Trotz massiven Drucks der Regierung boykottierten über 82% der Wahlberechtigten die Wahl.

Das 1984 gebildete *Drei-Kammer-Parlament* hat nun 45 Sitze für Inder und 85 für »Farbige«. Die 178 weißen Abgeordneten verlängerten ihr Mandat bis 1989. Unter ihnen verfügt die seit 1948 regierende burische *Nationale Partei (NP)* über eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Diese sowie der parlamentarische Proporz von je 1 indischen und 2 »farbigen« Abgeordneten auf 4 weiße, sichern ihr die weitere Herrschaft. Alle Kammern müssen stetes getrennt beraten und abstimmen.

P. W. Botha, von 1978 -1984 Ministerpräsident, ließ sich von 50 weißen, 25 »farbigen« und 13 indischen Abgeordneten zum Staatspräsident wählen. Die neue Verfassung gibt ihm diktatorische Macht. Er kann strittige Gesetzesvorlagen seinem Präsidenten-Rat zur Entscheidung zuweisen (20 weiße, 10 »farbige« und 5 indische Abgeordnete sowie 25 von ihm selbst Berufene). Er leitet das Kabinett, in das er die Führer der »farbigen« und indischen »Mehrheitsparteien« als Minister ohne Geschäftsbereich berief. Er entscheidet über Krieg und Frieden. Kein Gericht kann ihn während seiner Amtszeit zur Rechenschaft ziehen.

»Farbige« und Inder müssen nach wie vor in untereinander wie von Weißen und Schwarzen getrennten Gettos leben. Sie sind auf getrennte Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsmittel usw. angewiesen. - Die UN-Vollversammlung erklärte diese Verfassung im Oktober 1984 für »null und nichtig«. Der Weltsicherheitsrat forderte »die sofortige Abschaffung der Apartheid«.

Ausbürgerung der Schwarzen

Vier *Homelands* wurden seit 1976 wider den Willen der Bevölkerungsmehrheit zu »Republiken« erklärt (siehe umseitige Tabelle und Karte). Die anderen sechs heißen zu Unrecht »Selbstregierende Nationalstaaten«. Das nördlich Pretoria gelegene *KwaNdebele* soll demnächst »Republik« werden. *KaNgwane* soll *Swaziland* überlassen werden, das selbst eine Art *Homeland* geworden ist. Die den »Republiken« zugezählten Schwarzen verlieren ihre südafrikanische Staatsangehörigkeit. Sie dürfen die RSA nur gegen Kautions- und Nachweis von Arbeit und Wohnung betreten. Übertretungen werden hart bestraft. Kein Staat erkennt diese »Republiken« völkerrechtlich an.

Homelands sind von den Weißen erzwungene Reservate für heranwachsende Arbeitskräfte und »Müllhalden« für wegen Alter, Krankheit, aus wirtschaftlichen oder sonstigen Gründen »Nicht-Brauchbare«. 1983 lebten dort 11,6 Mio. Menschen. davon 9 Mio. unter der absoluten Armutsgrenze¹. Im »weißen« Gebiet zugelassene Vertragsarbeiter werden zu einjährigen Verträgen gezwungen und müssen ohne Familie in Lagern hausen. Sie erbrachten 1980, obwohl meist unter Existenzminimum bezahlt, 72% des Nationaleinkommens der *Homelands*². Diese *Homelands* sind nicht existenzfähig. Die südafrikanische Regierung finanziert 70% - 90% ihrer Staatshaushalte - letztlich zugunsten schwarzer Kollaborateure. Ihr Ziel ist die »weiße« Republik Südafrika mit einem Kranz schwarzer Satelliten- »Republiken«.

Ca. 1,7 Mio. Schwarze sind im »weißen« Gebiet »dauerhaftaufenthaltsberechtigt«. Sie dürfen ihre Familien bei sich haben, müssen aber in einem der Tausenden von Gettos leben, die keine Karte verzeichnet. Einige größere sind umseitig eingetragen, bei Johannesburg: Soweto und Lenasia (letzteres nur für Inder), bei Durban: KwaMashu und Umlazi, bei Kapstadt: Kayelitsha und Mitchels Plain (letzteres für »Farbige«).

Destabilisierung der Nachbarländer

1975 versuchten südafrikanische Truppen die Befreiung *Angolas* von portugiesischer Kolonialherrschaft zu verhindern. Sie wurden mit Hilfe der rasch eingeflogenen Kubaner zurückgeschlagen. Seit 1980 zerstörten sie in ununterbrochenen Einfällen Wohnorte, Arbeitsplätze und Infrastruktur in Südangola. Südafrika fördert die Terrororganisation UNITA, will die sozialistische MPLA-Regierung stürzen und Angola südafrikanischer Kontrolle unterwerfen.

Rund 100.000 südafrikanische Soldaten halten *Namibia* besetzt, je einer für fünf erwachsene Schwarze. Weiße, besonders Deutschsprachige und Buren, beuten die Menschen und Rohstoffe aus. Südafrika verweigert Namibia die von der Weltöffentlichkeit, den UN-Mitgliedstaaten und dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag seit langem verlangte Unabhängigkeit. Eine Wahl unter UN-Aufsicht (gemäß UN-Resolution 435) würde die namibische Befreiungsbewegung SWAPO überwältigend gewinnen und Selbstbestimmung ermöglichen. Südafrikas Weigerung zwingt SWAPO zu Anwendung militärischer Gegengewalt.

Im März 1984 stimmte *Mosambik* der »Übereinkunft« von Nkomati zu. Die Folgen 500jähriger Kolonialherrschaft, des Befreiungskrieges, mangelnder Wirtschafts- und Verwaltungserfahrung, mehrjähriger Dürrekatastrophen, die Überfälle südafrikanischen Militärs und der von diesem geförderten Terrororganisation RNM ließen der sozialistischen FRELIMO - Regierung keine Wahl. Südafrika versucht Mosambik seinem Ausbeutungssystem einzugliedern. *Botswana*, *Lesotho* und *Swaziland* hängen wirtschaftlich ganz von Südafrika ab, *Simbabwe* und *Sambia* zu hohen Teilen. Alle genannten Länder (außer Swaziland und Lesotho) zählen zu den Frontstaaten. Sie wollen mit ANC und SWAPO zusammen das Apartheidsystem beseitigen.

Der Befreiungskampf

Der 1912 gegründete *Afrikanische Nationalkongress (ANC)* bekämpfte das Regime gewaltfrei, bis zu seinem Verbot 1960. Seither wendet ANC auch Gegengewalt an. Kleine Kommandogruppen zerstören Einrichtungen des System, zunehmend seit Ende der 70er Jahre. Menschen werden möglichst geschont. Die 1955 von Delegierten der Organisationen aller Bevölkerungsgruppen proklamierte Südafrikanische Freiheitscharta ist die Grundlage des ANC-Programms. Sie beginnt: »Südafrika gehört allen. die darin leben. Schwarzen und Weißen.«

Anfangs der 70er Jahre erstarkte die gewaltfreie *Schwarze Bewusstseinsbewegung (BCM)*. Sie führte 1976 zu massenhaften Protesten der schwarzen Jugend in Soweto wie im ganzen Land. Die Polizei tötete viele Hunderte. 1977 wurden alle BCM-Organisationen verboten. 1983 entstand die gewaltfreie *United Democratic Front (UDF)*. Sie zählt landesweit über 600 Mitgliederorganisationen und zahlreiche kooperierende Verbände, auch kirchliche und weiße. Zusammen mit anderen Organisationen bekämpft UDF durch Aufklärung, Streiks, Boykotts und zivilen Ungehorsam dieses System, seine Verfassung, die Zwangsumsiedlung (bisher 3 Mio., überwiegend Schwarze; weitere 2 Mio. sind vorgemerkt) und die Wehrpflicht. Das UDF-Programm steht der Freiheitscharta nahe. Ziel ist das »einheitliche, nicht-rassistische, demokratische Südafrika«.

Schwarze setzten seit 1979 die Zulassung eigener Gewerkschaften, auch gemischtrassiger durch. Streiks sind für Schwarze verboten und oft mit Entlassung verbunden. Sie nehmen aber zu, 1984 mehr als je zuvor. Schwarze, »farbige« und indische Jugendliche boykottieren seit 1976, oft zu Hunderttausenden, das sie diskriminierende Bildungssystem, seit August 1984 erneut. Seit der gleichen Zeit häufen sich Unruhen. Die Regierung setzt zunehmend Militär ein. »Es ist eben Krieg«, erklärte der Minister für »Gesetz und Ordnung«, le Grange³. Im November 1984 riefen Jugendorganisationen, Bürgerschaftskomitees, Gewerkschaften und UDF erstmals gemeinsam zu einem zweitägigen Generalstreik in der industriestarken Provinz Transvaal auf. Rund 90% der Arbeitnehmer folgten. Streiks dieser Art sind zunehmend zu erwarten.

Südafrikas Wirtschaftsverflechtungen mit westlichen Ländern und deren Militärhilfen ermöglichen den Fortbestand des Systems. Die Bundesrepublik zum Beispiel, lieferte 1978, 79 und 82 mehr Waren als jedes andere Land. Westdeutsche Firmen, Wissenschaftler und andere halfen bei der Entwicklung der südafrikanischen Rüstung, vor allem der atomaren. Die südafrikanischen Friedensnobelpreisträger, der ANC-Präsident A. *Luthuli* (1961) und Bischof *Tutu* (1984), riefen die Welt zum Boykott dieses Systems auf. Das wäre unser wichtigster Beitrag zu seiner Beseitigung. Die schwarze Jugend, stellt der burische Theologe *Beyers Naudé* fest, »ist zunehmend bereit, Schießen und Sterben zu riskieren, nicht um ein Martyrium zu erleiden, sondern weil sie folgert, dies ist der unvermeidbare Preis, den sie für sich und die Menschen Südafrikas zahlen muss.«

Informationsstellen:

Informationsdienst Südliches Afrika und Anti-Apartheid-Bewegung, beide: 5300 Bonn, Blücherstraße 14 - Ev. Frauenarbeit, Unterlindau 80, 6000 Frankfurt - Ev. Missionswerk, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13 - Misereor E. V., Mozart-Str.9, 5100 Aachen und andere

Reinhard Brückner, Frankfurter Straße 19, D-6290 Weilburg, Tel. 06471/26 08

¹ südafrikanische Tageszeitung Rand Daily Mail 27.6.84

² ebenda 6.6.84

³ ebenda 30.10.84

LANDKARTE SÜDAFRIKA

Bartholomew/ Knaur Großer Weltatlas, Fischer Weltatlas 1976